

## Das kommende Wirtschaftsjahr.

Berlin, 4. Oktober. (Drahtbericht.)

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes, von Batocki, empfing heute ein Mitglied unserer Redaktion, dem er über die Frage unserer Ernährung im kommenden Kriegswinter sowie im Wirtschaftsjahre 1916-1917 überhaupt, folgende Angaben machte:

Das das Wirtschaftsjahr 1916/17 uns Schwierigkeiten in der Frage der Ernährung bringen wird, ist selbstverständlich und natürlich. Um sie nach Möglichkeit zu bekämpfen und weniger fühlbar erscheinen zu lassen, hat das Kriegsernährungsamt seine Vorkehrungen getroffen, die es nach Bedarf fortlaufend ausbauen wird. Zu hungern brauchen wir im kommenden Jahre nicht, dafür hat die verhältnismäßig günstige Ernte uns die Gewähr gegeben; das schließt aber nicht aus, daß wir die rationelle Verteilung der Lebensmittel noch weiter straff handhaben müssen und den Ausgleich zu finden trachten für die einzelnen Teile des Reiches.

Die heurige Ernte hat uns in den Stand gesetzt, die Brotmenge für die besonders bedürftigen Bevölkerungsschichten, die Jugendlichen und die schwer Arbeitenden so zu erhöhen, daß die jetzt gewährte Zahl mehr ausmacht als eine allgemeine Erhöhung der Kopfquote um 25 Gramm. Wie wir im Vorjahre schon den bei Sommerbeginn auftretenden Kartoffelmangel durch gesteigerte Brotzuweisung überwinden konnten, so sind auch für heuer Anstalten getroffen, für diesen besonderen Zweck eine ausreichende Rücklage an Brotgetreide sicherzustellen, ohne daß damit gesagt ist, daß solche Verhältnisse in der Kartoffelversorgung tatsächlich eintreten müssen wie im vorigen Jahre.

Die Frage der Kartoffelbewirtschaftung im allgemeinen läßt ein abschließendes Urteil nicht zu. Jedenfalls wird dafür gesorgt werden, daß der Bedarf der Bevölkerung gedeckt werden kann. Als Grundlage hierfür wird angenommen eine Kopfmenge von  $\frac{1}{4}$  bis  $\frac{1}{2}$  Pfund pro Tag. In reicheren Gegenden ist der Verbrauch geringer. Die Ergiebigkeit der neuen Kartoffelernte läßt sich zurzeit noch nicht überblicken; von einer besonders guten Ernte ist leider nicht die Rede, deshalb ist die Kartoffelverfütterung auf Schweine und Hühner allein beschränkt. Der Preis der Kartoffeln wurde mit Absicht nicht niedriger festgesetzt, da sonst unter keinen Umständen eine weitgehende Verfütterung zu vermeiden gewesen wäre. Der jetzt geltende Preis wird, wie von vornherein bekannt gewesen ist, ab 15. Februar eine Erhöhung um eine Mark erfahren; eine weitere Erhöhung des Erzeugerpreises ist unter keinen Umständen beabsichtigt. Für die Brotstreckung sind die nötigen Kartoffelzusätze sichergestellt, bis etwa 1. Dezember muß jedoch das Brot noch mit frischen Kartoffeln gestreckt werden, da erst von da an die trockenen Produkte zur Verfügung stehen. Für die Haltbarkeit der Spätkartoffelernte dürfte von wesentlichem Einfluß das Wetter der nächsten Wochen sein. Durch möglichste Förderung der Anlage von Kartoffel-Trocknungs-Anstalten sind Maßnahmen getroffen, daß möglichst alle diejenigen Kartoffeln, die in die Gefahr des Verderbens geraten, zum größten Teil erhalten werden können. Die Viehaufzucht hat erfreulichweise rasche und befriedigende Fortschritte gemacht. So haben seit der letzten Zählung im April zugenommen die Kälber unter drei Monaten um 0,4%, Jungrinder bis zu zwei Jahren um 4,6%, Bullen und Ochsen über zwei Jahre um 0,2%, Kühe und Färsen über zwei Jahre um 0,4%. Das Rindvieh insgesamt hat sich vom 15. April bis 1. September um 416 767 Stück, gleich 2,1%, vermehrt auf 20 338 950 Stück.

Am stärksten ist die Zunahme an Jung-rindern bis zu zwei Jahren, nämlich 277 786 Stück. Sehr erfreulich ist die Vermehrung unseres Schweinebestandes. Es hat zugenommen die Zahl der Schweine bis zu sechs

Monaten um 23,7%, der von sechs bis zwölf Monaten um 48,1%, der über zwölf Monate um 28,1% und der Schweinebestand insgesamt um 3 923 906 Stück auf 17 261 108 Stück. Das sind 29,4%. Leider sind zurzeit die Schlachtklassen unseres Viehstandes noch verhältnismäßig schwach, so daß allein die Reichsfleischkarte zunächst nicht über das Quantum von 25 Gramm hinauskommt, doch hoffe ich, wenn die Entwicklung unseres Viehstandes inzwischen weiter günstig fortschreitet, daß im Frühjahr eine Heraushebung dieser Relation möglich sein wird. Es fehlen uns für die Viehmast zwar die ölhaltigen Futtermittel aus dem Auslande gänzlich, die eiweißhaltigen zum größten Teile, aber diese Knappheit an Futter wie im Vorjahre werden wir auf keinen Fall wieder erleben. Es kann sich heuer nicht mehr darum handeln, ob wir unseren jetzigen Viehstand überhaupt durchfüttern können, wenn auch die Mastfütterung, wie gesagt, schwierig bleibt.

Im Zusammenhang mit diesem Punkt ist die Frage des Braukontingents zu behandeln. Ich stehe absolut nicht auf dem extremen Standpunkt derer, die das Bierbrauen jetzt mit einem Schläge möglichst verbieten wollen, ich erkenne vielmehr die große volkswirtschaftliche Bedeutung der Bierherstellung, den Futterwert der Treber und den Einfluß eines sich in verständigen Grenzen haltenden Biergenusses für die Stimmung im Heere und in der Bevölkerung voll an; für eine Streckung des Brotgetreides nehmen wir die Braugerste jedenfalls nicht in Aussicht; doch sind die Erörterungen darüber noch nicht abgeschlossen, ob das in Aussicht genommene Braukontingent nicht eine gewisse Stützung dadurch erfahren muß, daß Gerste in vermehrtem Maße zur Schweinemast benötigt wird. Das aber würde nur im wirklichen Notfalle in Betracht kommen, was von dem endgültigen Endergebnis abhängt.

Die Schlachtviehpreise, um deren Ermäßigung der Städtetag eingekommen ist, können, was die Schweine anbelangt, zurzeit auf keinen Fall herabgesetzt werden, wenn wir nicht die Aufzucht gefährden wollen. Für Rindvieh wird dagegen schon in den nächsten Tagen eine, wenn auch nicht bedeutende Preisermäßigung bekanntgegeben werden.

In der für die Großstädte so wichtigen Frage der Fettversorgung wird mit allen Mitteln daran gearbeitet, die Kopfquote von 90 Gramm allgemein aufrechterhalten zu können. Die Aufträge des Kriegsausschusses für pflanzliche und tierische Fette und Öle zur Sammlung von Sonnenblumen-, Mohnblumen- sowie Obstkernen, ferner von Kastanien und Buchedern zur Delgewinnung werden, soweit sich das jetzt übersehen läßt, ein gutes Resultat ergeben. Eine merkliche Beeinflussung zugunsten einer besseren Fettversorgung im ganzen ist davon freilich kaum zu erhoffen.

Die Gemüseversorgung der Städte soll nach Möglichkeit ohne Festsetzung von Höchstpreisen durchzuführen versucht werden, weil gerade hierfür bei den sehr verschiedenen Friedenspreisen und Erzeugungskosten zutreffende Preise für das ganze Reich sich nicht festsetzen lassen. Sollten sich jedoch aus diesem Umstände Preistreiberien ergeben, so müßte man doch zu diesem Mittel greifen. Im übrigen werden gewisse Maßregeln erwogen, um der allzu großen Einbedeckungslust größerer Betriebe und kommunaler Verwaltungen entgegenzuwirken.

Ausführlich äußerte sich Präsident von Batocki auch über die Organisation des Kriegsernährungsamtes. So beantwortete er eine Frage, ob nicht eine Vertretung der Städtetage dem Vorstand des Kriegsernährungsamtes angegliedert werden könnte, dahin, daß eine Erweiterung des Vorstandes nicht möglich sei, um diesem seine Beweglichkeit und rasche Entschlußfähigkeit nicht zu nehmen. Die Interessen der großen Städte seien hinreichend wahrgenommen dadurch, daß in dem Vorstande neben zwei Vertretern der Landwirtschaft ein unmittelbarer Vertreter der Städte sitze und die übrigen Mitglieder sämtlich aus Städten, zum Teil unmittelbaren Vertretern der Konsumenten, bestehen. Eine unmittelbare Vertreterschaft des Städtetages würde zweifellos auch Vertretungen sonstiger Interessentengruppen nach sich ziehen, zum Beispiel des Verbandes der ländlichen Kommunalverbände des Deutschen Landwirtschaftsrates usw. Eine derartige Vermehrung der Vorstandsmitglieder kann jedoch aus den angeführten Gründen nicht in Frage kommen.

In der Öffentlichkeit werden ferner zurzeit wieder vielfach die Beziehungen zwischen Reichsamt des Innern und dem Kriegsernährungsamt erörtert. In weiten Kreisen vermißt man „die starke Hand“, die „durchgreifen“ und „sich nicht durch kleinliche Rücksichtnahme auf bundesstaatliche Institute hemmen läßt“. Auch ein als anscheinend offiziös ausgesprochener Wunsch in der „Vossischen Zeitung“ beschäftigt

sich mit diesem Gegenstand, indem er das Kriegsernährungsamt gewissermaßen in Schutz nahm gegen solche Äußerungen, daß infolge des Hinübergreifens der Einflusssphären des Reichsamtes des Innern nicht freie Bahn für das Kriegsernährungsamt bestehe. Auf eine bezügliche Frage erklärte Herr von Batocki, daß diese Angaben, die auch den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprächen, nicht von ihm ausgingen. Die Zuständigkeit des Kriegsernährungsamtes ist in keiner Weise durch das Reichsamt des Innern beschränkt. Ueber alle Fragen der Lebensmittel-Bewirtschaftung entscheidet nur das Kriegsernährungsamt. Dem Reichsamt des Innern ist lediglich die P. E. G. unterstellt, weil diese Gesellschaft nicht nur mit der Einfuhr von Lebensmitteln befaßt ist, ihre Tätigkeit auf diesem Gebiete vielmehr nicht wohl zu trennen ist von ihren übrigen wirtschaftlichen Aufgaben, für die das Reichsamt des Innern verantwortlich ist. Das ist jedoch mit meiner vollständigen Zustimmung geschehen, die Verwendung der eingeführten Lebensmittel ist ebenfalls dem Kriegsernährungsamt vorbehalten.

Wenn man vielfach seit der Errichtung des Kriegsernährungsamtes eine Umgehung oder Aufhebung des bundesstaatlichen Verwaltungsmechanismus erwartete, so war das schon in den Voraussetzungen falsch. Das Reich ist einmal auf dieser Grundlage aufgebaut, und es würde sich sowohl in der gegenwärtigen Frage der Lebensmittelversorgung selbst schon, wie vor allem bei späteren Gelegenheiten rächen, wenn man die Exekutivität der lokalen sowie Landesbehörden einschränken oder ihre Verantwortung auf das Reich übertragen wollte. Das Reich ist nicht in der Lage, das zu leisten, was der ausgebildete Apparat der Bundesstaaten auf Grund seiner bestehenden Organisation erreichen kann. Diesen Apparat ausschalten zu wollen, würde zu den schlimmsten Erfahrungen führen.

\* \* \*

Im großen und ganzen sollen wir die Aussichten des Wirtschaftsjahres 1916/17 weder optimistisch noch pessimistisch ansehen. Zu übertriebenem Optimismus kann deswegen kein Grund bestehen, weil wir nach wie vor sparen müssen, um mit unseren Vorräten bis zur nächsten Ernte auszureichen und eine gewisse Reserve für den Fall der Not zu bewahren. Die Maßnahmen des neuen Wirtschaftsjahres werden, geographisch betrachtet, für die Uberschußbezirke Abstriche mit sich bringen, in sozialer Hinsicht für die bestehenden Kreise Einschränkungen erfordern. Das sind die Wirkungen der Rationierung, der niemand entzogen werden soll. Wenn wir so wirtschaften, brauchen wir aber auch unsere Lage nicht pessimistisch zu betrachten; trotz aller Einschränkungen stabilisieren sich die Verhältnisse unserer Lebensmittelversorgung immer mehr, so daß wir gegen alle eventuell eintretenden wirklichen Notlagen hinreichend gesichert sind.

\*\*\*